



Blick von Pfänderrücken auf die Lindauer Insel. Der Stadtrat hat beschlossen, dort bis auf weiteres keine neuen Ferienwohnungen zu genehmigen. Hintergrund sind die steigenden Mietpreise. Foto: Wolfgang Schneider

Lindau verbietet neue Ferienwohnungen

Tourismus Die Stadt will verhindern, dass die Mietpreise auf der Insel weiter steigen. Warum eine solche Entscheidung in anderen Allgäuer Ferienorten unwahrscheinlich ist

VON DAVID SPECHT

Allgäu Auf der Lindauer Insel dürfen in nächster Zeit keine neuen Ferienwohnungen entstehen. Das hat der Stadtrat jetzt einstimmig beschlossen. Sieben Räte durften als potenzielle Vermieter nicht an der Abstimmung teilnehmen. In anderen Allgäuer Orten ist ein Verbot von Ferienwohnungen jedoch unwahrscheinlich, wie eine Umfrage unserer Zeitung ergab.

Hintergrund der Lindauer Entscheidung ist der Mangel an Wohnraum auf der Insel, der zu steigenden Mieten führt – auch weil immer mehr Eigentümer Ferienwohnungen bauen wollen. Laut Jürgen Widmer, Pressesprecher der Stadt, wohnen derzeit 3000 Menschen auf der Insel. Früher seien es 6000 gewesen. „Unsere Schule und unser Kindergarten sind gefährdet, wenn keine Familien mehr auf der Insel leben“, erklärt Widmer. Der Einzelhandel profitiere ebenfalls von Bewohnern,

die ganzjährig auf der Insel einkaufen.

Derzeit liegen bei der Stadt 26 Anträge für die Schaffung neuer Ferienwohnungen auf Eis. Ziel sei es, in spätestens einem Jahr ein Konzept aufzustellen, das die Anzahl der Ferienwohnungen auf der Insel künftig regelt.

„Die Halbierung der Bevölkerung kommt nicht nur von den Ferienwohnungen“, sagt dagegen Klaus Fischer, Geschäftsführer der Allgäu GmbH. Vielmehr seien überall die Ansprüche an Wohnraum gestiegen. „Die Leute wollen nicht mehr in einem Altbau ohne Aufzug wohnen, viele suchen nach mehr Bequemlichkeit außerhalb der Innenstädte“, sagt Fischer. Dass andere Kommunen dem Vorbild folgen, hält er deshalb für unwahrscheinlich.

Für die Lindauer Entscheidung hat Fischer dennoch Verständnis. „Die Politik muss schauen, wie sie bezahlbaren Wohnraum schafft, ohne den Tourismus zu beschnei-

den.“ Sollte ein Ort jedoch mittel- und langfristig keine weiteren Ferienwohnungen genehmigen, sei dies ein Nachteil für die Unternehmer, die damit ihr Geld verdienen.

Für Fischer steht fest: „Ferienwohnungen brauchen wir weiterhin, und es dürfen auch neue hinzukommen.“ Kritisch sieht er Wohnungen, die über Internet-Anbieter vermittelt werden. Für den Einzelhandel bestehe durch Urlauberunterkünfte kein Nachteil. „Deren Bewohner bringen Kaufkraft mit“, sagt Fischer. Ein Problem seien eher Tagesausflügler, die ihr Essen selbst mitbringen.

Gemeinde will selbst vermieten

Laut Bad Hindelangs Tourismusdirektor Max Hillmeier besteht keine Gefahr, dass es zu viele Ferienwohnungen in der Oberallgäuer Gemeinde geben wird. Eher das Gegenteil sei der Fall. Die Kommune lebe zu 80 Prozent vom Tourismus. Ferienwohnungen würden davon rund ein

Drittel ausmachen. In den Ortsteilen Bad Hindelang, Vorderhindelang, Bad Oberdorf und Hinterstein gebe es jedoch immer weniger davon. „Die jüngere Generation möchte die Unterkünfte nicht weiter betreiben oder braucht sie selbst“, erklärt Hillmeier. Auch eine feste Vermietung mit Preisen bis zu 19 Euro pro Quadratmeter sei mittlerweile lukrativ. Die Gemeinde will daher selbst Ferienwohnungen anmieten, renovieren und unter dem Projektnamen „Alpenpennester“ vermarkten.

Seit der Einführung der Zweitwohnungssteuer erlaubt Oberstaufer den Besitzern von Ferienwohnungen, diese auch als Zweitwohnungen zu nutzen. „Früher durfte der Besitzer nur eine bestimmte Zeit selbst dort wohnen. Durch die Steuer leistet er jetzt auch seinen Beitrag zur Infrastruktur“, erklärt Kämmerer Manfred Fink. Dadurch seien viele Wohnungen für den Mietermarkt, etwa für Mitarbeiter in der Gastronomie, freigegeben.

Kommentar



Anreize bieten!

VON MARKUS RAFFLER

raffler@azv.de

Eine Stadt zieht die Reißleine! Angesichts des drastischen Schwunds der Inselbewohner scheint es richtig, dass Lindau das weitere Ausbluten durch einen Ferienwohnungs-Erlass begrenzen will. Aber bringt dieser Schritt tatsächlich den erhofften Effekt? Lindau geht es wie vielen anderen Städten dieser Größe: Die malerische Altstadt zieht im Sommer Tausende Besucher an – doch immer weniger Bürger wollen im historischen Stadtkern wohnen. Diese Entwicklung kann auch der aktuelle Ratsbeschluss nicht aufhalten. Hier braucht es städtische Anreize statt Verbote. Kommunaler Wohnungsbau etwa, der auf Flächen wie dem alten Bahngelände neuen, bezahlbaren Wohnraum schafft. Oder die Bereitschaft, Hausbesitzern bei der Modernisierung denkmalgeschützter Gebäude Freiräume zu lassen. Und warum nicht junge Familien mit vergünstigter Kinderbetreuung auf die Insel locken?